

Positionspapier Windenergie

Regionalvorstand, Sitzungsentscheid vom 31.8.2023

Mit der Energiestrategie 2050, welche mit der Änderung des Energiegesetzes im Jahr 2017 vom Volk angenommen wurde, soll die Schweiz bis ins Jahr 2050 CO2-neutral sein. Dazu sollen der Energieverbrauch gesenkt, die Energieeffizienz erhöht und die erneuerbaren Energien gefördert werden. Im Kanton St. Gallen wurden 17 Gebiete bezeichnet, welche sich für den Bau von Windparks eignen. 5 davon liegen im Sarganserland:

Flumserberg/Maschgenkamm, Pizolhütte/Laufböden, Guschenkopf/Girenbühl, Rheinau und St. Margrethenberg/Maton.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ist es für FDP.Die Liberalen Regionalpartei Sarganserland unumgänglich, alle alternativen Energiequellen so rasch als möglich voranzubringen. Dazu gehört auch die Nutzung der Windkraft.

Gerade im Sarganserland haben wir ein grosses und nachgewiesenes Potential welches es zu nutzen gilt. Auch wirtschaftlich und finanziell kann die Region von der Energieproduktion profitieren. Für die Regionalpartei sind zwei Aspekte in der Umsetzung der Windkraftprojekte entscheidend. Zum einen ist darauf zu achten, dass die Projekte mit der Landschaft so weit als möglich vereinbar sind und zum anderen sind in der Umsetzung nicht Grosskonzerne, sondern weitestgehend regionale Unternehmen zu berücksichtigen.

Die Innovation auf dem Gebiet der Energieerzeugung, Verteilung und auch Entsorgung ist voranzutreiben. Bereits gibt es Start-ups, die sich der bisher noch ungelösten Frage der Entsorgung der Rotorblätter annehmen.

Für das Gelingen des demokratischen Entscheidungsprozess ist es wichtig, dass die BürgerInnen im Vorfeld neutral mit allen relevanten Informationen inklusive realistischen Bildern ausgerüstet sind und über die jeweiligen Standorte abstimmen können. Als liberale Partei werden wir den Beitrag zu einem innovativen Weg, um die Energiewende zu schaffen, leisten.

Die FDP.Die Liberalen Sarganserland setzt sich für eine sinnvolle Nutzung der Windenergie ein und entgegnet damit der unnötigen Verhinderungspolitik aus Politik und Verbänden.